

Revolution in Kiel, Revolutionsangst in der Welt – Zusammenfassung

In den Reigen der vielen Fragen über die Bedeutung der Novemberrevolution des Jahres 1918 galt es für den vorliegenden Band, die Frage nach der Bedeutung von Furcht vor Revolutionen insgesamt zu stellen. Jede Revolution hat mindestens zwei Seiten, zwei Parteien, die um die Gestaltungsmacht in einem Gemeinwesen ringen. Wer in ihrem Besitz ist, wird regelmäßig den Machtwechsel fürchten, ganz gleich wie sich dieser vollziehen mag. Insofern war die Frage naheliegend, welche Rolle Furcht in der Geschichte der Revolutionen spielt.

Im Rahmen der Erörterungen dieses Bandes hat sich gezeigt, dass bereits die Frage, was sich unter dem Begriff der Revolution verstehen lässt, höchst unterschiedlich beantwortet werden kann. Manche Revolutionen erstreckten sich über einen langen Zeitraum. Verwiesen sei etwa auf die kubanische, die nach eigenem Selbstverständnis bis heute andauert. Manche waren überaus brutal und blutig, wie es die historische Forschung etwa für den russischen Revolutions- und Bürgerkriegskomplex zwischen 1917 und 1922 im Übermaß gezeigt hat, und manche waren womöglich überflüssig, weil ihre Ergebnisse bereits vorweggenommen waren. Auch wenn hier bei weitem nicht jedes Revolutionsthema abgehandelt werden konnte, zeigt doch bereits die Bandbreite der in diesem eng begrenzten Rahmen behandelten Aspekte, dass »Revolution« stets als weiter Begriff zu verstehen ist und sich nicht nur auf politische Transformations- sondern auch auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse beziehen kann. Der längsschnittartige Blick bietet bereits zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen.

Insofern kann die Erörterung der Kieler Ereignisse des Jahres 1918 nur das Movers sein, um ganz grundsätzlich über die Furcht vor potentiellen oder tatsächlichen Veränderungsprozessen nachzudenken, wobei sich dieser Band aufgrund der komplexen Ausmaße dieser Fragen nur als ein erster Aufschlag begreift. Tatsächlich ist die deutsche Revolution ein sonderbarer Fall – wenn hier auch nicht

vom Sonderfall, geschweige denn vom Sonderweg die Rede sein soll. Immerhin zeigt das eingangs dargestellte Beispiel die vielen Widersprüchlichkeiten auf. Es war eine Revolution, die von manchen befürchtet, von einigen heraufbeschworen und schließlich von fast allen überrascht zur Kenntnis genommen wurde – wohl auch von den Revolutionären selbst. Dabei war die Notwendigkeit von Veränderungen allen Lagern bewusst, je problematischer auch kriegsbedingt die Situation wurde, umso hilfloser klammerte man sich an Beteuerungen, Durchhalteparolen und längst nicht mehr vorhandene Machtpotentiale. Die Kieler Ereignisse waren symptomatisch für das vielbeschriebene »Kartenhaus« des deutschen Kaiserreichs: Ein Offizierskorps, das wenige Tage zuvor noch großspurig verkündet hatte, nötigenfalls für die eigene Ehre und die des Kaisers in den Tod fahren zu wollen oder preußische Beamte, die vor dem ersten Matrosen mit roter Fahne umgehend kapitulierten. Sie waren die Statisten für ein eigentümliches Schauspiel, das offenbar selbst den Revolutionären nicht geheuer war: In und um Kiel schossen gar manche von ihnen mangels vorhandener Gegner wild entschlossen aufeinander, bis ihre Anführer dem revolutionären Treiben einen Riegel vorschoben. Ohne Not garantierten sie den Bestand der alten Ordnungsmacht und sogar des Eigentums, womit die im Selbstverständnis sozialistische Revolution in kaum vorstellbarem Maße die Vorstellungen, die jahrzehntelang über sie geschürt wurden, konterkarierte. Damit erreichten die Revolutionäre zwar zunächst ihr Ziel, nämlich den politischen Umsturz, gerade hierin lag aber gleichermaßen die Schwachstelle der Revolution, denn weder Gegner noch Befürworter konnten sich damit abfinden, dass sie schon an ihrem Ende angelangt sein sollte. Misstrauen führte zu Angst und diese Angst entfesselte bei erster Gelegenheit eine unvorstellbare Gewaltspirale, die zu durchbrechen ein äußerst zähes Unterfangen wurde. Die im Krieg ohnehin nur oberflächlich zusammengeschweißte deutsche Gesellschaftsordnung riss an ihren Sollbruchstellen auf, was ein eigentümliches Sehnsuchtpotential nach Ordnung und Einheit schuf, welches zum Ende der Weimarer Republik die Nationalsozialisten erfolgreich zu schaffen vorgaukelten. An diese als Angelpunkt zu verstehenden Beobachtungen schließen sich die weiteren Untersuchungen mit ihren spezifischen Schwerpunkten an, um das Bild zu erweitern und zu konkretisieren.

Dafür erscheint es zunächst sinnvoll, die potentiellen Einwirkungen auf die Kieler Ereignisse in den Fokus zu rücken. Ralph Jessen beginnt mit einem Blick auf die politische Kultur des Kaiserreichs, welchem sich eingeschränkte und mangelbehaftete Partizipationsrechte attestieren lassen. Jessens Fokus liegt auf der Sozialismusfurcht dieser Zeit, und er zeigt die im Grunde geringe Gefahr für einen revolutionären Umsturz während der Vorkriegszeit auf. Seine Einschätzung unterfüttert er mit der Analyse des sozialdemokratischen Vordenkers Karl

Kautsky, nach der die »Sozialdemokratie eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei« sei. Mit zunehmenden Wahlerfolgen setzte jene zuvor skeptisch betrachtete und im Zuge der Sozialistengesetze längere Zeit verbotene Bewegung auf breite Akzeptanz, Gesetzlichkeit und Respektabilität, wofür sie sich sukzessive »von einem proaktiven Revolutionsverständnis löste.« Das bedeutete nicht, dass den Sozialdemokraten die Idee von der Revolution im Sinne der Umgestaltung, vielleicht auch nur der Anpassung des politischen Systems in Deutschland, abhanden gekommen sei. Vielmehr, so Jessen, ging die Sozialdemokratie von der Zwangsläufigkeit politischer Veränderungen aus, die man geduldig und ohne Gewalteininsatz erwarten könne.

Demgegenüber stellt er jedoch ein geradezu hysterisch herbeigeschriebenes Bedrohungspotential antisozialistischer Akteure, das sich keinesfalls mehr mit den politisch-polizeilichen Bedrohungsanalysen deckte, die sich wie Jessen zeigt, allmählich von der »pauschalen Stigmatisierung« aller linken Kräfte lösten und zu einer differenzierten Einschätzung gelangten. Das Thema »Revolution« wurde zum alltagspolitischen Kampfbegriff, womit sich in Teilen der deutschen Öffentlichkeit eine irrealer Furcht vor dem aufrührerischen und gefährlich verhetzten Arbeiter halten konnte, der jederzeit zum »Massenmord gegen alle Andersgesinnten schreiten« könne. Die Überbeanspruchung dieses Themas zeigte allerdings mit der Zeit eine gewisse Abnutzungserscheinung, wenn es auch, zumal für die politische Rechte, bis zum Kriegsausbruch 1914 nie gänzlich aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwand.

Dafür spielten in erheblichem Maße die Ereignisse im Osten Europas eine Rolle. In vielerlei Hinsicht ist schließlich die russische Revolution von 1917, genauer gesagt die Oktoberrevolution der Bolschewiki, zum Maßstab für die Revolutionen schlechthin und vor allem für die Revolutionsängste des 20. Jahrhunderts geworden. Jörg Baberowski zeigt in seinem »Blick in den Abgrund« die hohe Bedeutung der Inszenierung für die Erfolgsgeschichte einer Revolution. Im russischen Fallbeispiel kam insbesondere dem Ausmaß angewandter Gewalt für eine effektvolle Inszenierung eine tragende Rolle zu und die Bolschewiki, so Baberowski, setzten sie meisterlich um.

Für ihren Erfolg war allerdings bedeutsam, dass sich Gegenspieler der Bolschewiki nach der Februarrevolution im selben Jahr wohl zumindest zum Teil noch als deren Mitspieler betrachteten und daher nicht im Traum mit einem zweiten, derart radikalen Umsturz rechnen wollten. Vielmehr gingen viele – zumindest was das linke Spektrum betraf – auch im Folgejahr noch von einer gemeinsamen Zielverfolgung aus. Während allerdings die Liberalen und gemäßigten Sozialisten Russlands noch träumten, schuf Lenins radikale Linke bereits Fakten und implementierte eine neue Ordnung, deren Grundpfeiler, so ist Baberowski zu verste-

hen, auf den brutalen Notwendigkeiten des russischen Bürgerkrieges, sprich Gewalt und Terror, fußten. Denn solange die »Ordnungssicherheit« jener neuen Herrscher in Frage gestellt war, solange erzwangen die Bolschewiki den »Gehorsam« mit allen Mitteln, um ihre Macht durchzusetzen und unter Beweis zu stellen. Mit ihrer entschlossenen, wohlorganisierten, rücksichtslosen und gerade deshalb erfolgreichen »Praxis der Machtsicherung« siegte in Russland schließlich die zweite, radikalere Revolutionsoption des Jahres 1917. Diese Praxis sollte sich am Ende in erheblichem Maße auf die künftige Ordnung Russlands auswirken: Die Bolschewiki beschreibt Baberowski in seinem Beitrag als »Zerstörer«, die »das Werk an Zerstörung auch dann noch fort[setzten], als sie bereits an den Schalthebeln der Macht saßen.« Damit sei es gelungen, die »letzten Reste zivilgesellschaftlichen Widerstandes« auszumerzen und eine Despotie zu installieren, welche nach Belieben schalten und walten konnte.

Erst in der poststalinistischen Ära habe sich dieses Konstrukt hin zu einer klassisch autoritären Ordnung wandeln können, weil nun den Herrschenden des Sowjetreiches bewusst geworden sei, dass eine Ordnung nicht dauerhaft auf »Selbstzerstörung« fußen könne. Vielmehr brauche sie Anerkennung und müsse sich in ihrer eigenen Tradition verwurzeln. Insofern, so zeigt Baberowski überzeugend, muss sich auch die radikalste Revolution irgendwann in einer stabilen Ordnung einrichten, selbst wenn sie damit zur »konservative[n] Repräsentation« einer kommunistischen Wirklichkeit würde. Insofern aber musste der eigene, gewalterfüllte Anfang der Revolution möglichst in Vergessenheit geraten, denn er lag im Widerspruch zu Stabilität der neuen Ordnung.

Von derlei Widersprüchlichkeiten ist auch im nachfolgenden Beitrag die Rede. Auf das besondere Spannungsfeld im Rahmen der deutschen Flottenunruhen des Jahres 1917 weist Christoph Regulski hin. Obschon, wie auch in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen, die erste Revolution des Jahres 1917 in Russland aufgezeigt hatte, dass eine durch den Krieg überbeanspruchte Gesellschaft und ein in weiten Teilen dysfunktionales Staatswesen von meuternden Soldaten an den Rand des Abgrunds gebracht werden konnte, hätten die Offiziere und Admiräle der kaiserlich deutschen Marine keine Furcht vor einem Umsturzversuch ihrer Matrosen gehabt. Vielmehr hätten sie auf das Abschreckungspotential der eigenen Marinejustiz vertraut, die ihnen natürlich erscheinende, auf bedingungslosem und widerspruchsfreiem Gehorsam ihrer Untergebenen fußende Ordnung aufrecht erhalten zu können. Insofern sah man in Marineführung und Seeoffizierskorps auch keine Veranlassung, die Unantastbarkeit der eigenen Autorität und das problematische Format der inneren Führung in Frage zu stellen. In gewisser Hinsicht war diese Einschätzung durchaus zutreffend, denn die Matrosen versuchten mit ihren Aktionen des Jahres 1917 weder eine bewaffnete

Revolution noch Meuterei. Vielmehr waren sie bestrebt, im Rahmen des bestehenden Systems Verbesserungen, vor allem nach ihren Maßstäben von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, zu erreichen. Regulski weist darauf hin, dass ausgerechnet die Friedlichkeit der Protestbewegung in der Marine die ignorante Haltung der Marineführung noch bestärkt habe. Erst der bewaffnete Aufstand im November des Jahres 1918 habe jener »juristischen Gewalt« einen Gegenpol setzen können – es war dann für ein Umdenken allerdings zu spät.

In ähnliche Richtung argumentiert auch Mark Jones in seinem Beitrag über Angst und Gewalt in der nachrevolutionären Phase in Deutschland. Der im Gegensatz zur Erwartung der Zeitgenossen zunächst weitgehend gewaltfrei abgelaufene Umsturz weckte die Hoffnung auf einen friedlichen und geordneten Aufbau der Republik. Den medialen Vorschusslorbeeren, so zeigt Jones, konnte das neue System allerdings nicht gerecht werden. Insbesondere die schwache Staatsgewalt der revolutionären Regierung, das politische Chaos und die militanten Auseinandersetzungen der politischen Extremakteure ließen das Image der Republik leiden und machten sie angreifbar insbesondere für Anfeindungen aus dem konservativen und vor allem dem nationalistischen Lager. Insofern wurde durch die anfängliche Schwäche der Republik, so argumentiert Jones, die Chance verpasst, ihr einen positiven Gründungsmythos zu verpassen.

Hierbei waren die Gegner der Republik weit erfolgreicher, wie Boris Barth in seinem Beitrag über die verschiedenen Dolchstoßlegenden zeigt. Gerade sie rückten die Gründungsgeschichte in ein schlechtes Licht, indem sie suggerierten, die revolutionären, republikbefürwortenden Kräfte seien für die Kriegsniederlage und das nachfolgende Chaos verantwortlich und nicht die Militärs und Politiker des Kaiserreiches. Gerade das Spannungsfeld zwischen der Ferne der Front und der Not in der Heimat machte es schwierig, eine vermittelnde Perspektive zu finden, welche den parallelen Zusammenbruch sowohl der Kriegs- als auch der Heimatfront veranschaulichen konnte. Insofern boten jene Legenden, die von Millionen Menschen geglaubt wurden, einen einfachen Erklärungsansatz und einen einfachen Ausweg für die tatsächlich Verantwortlichen.

Florian Schreiner und Sebastian Elsbach schaffen in ihrem Beitrag einen personalisierten Fokus auf die Revolution. Anhand der Beispiele von Erich Mühsam und Ernst Niekisch zeigen sie die verschiedenen Perspektiven revolutionärer Strömungen im Deutschland der Revolutionsphase auf. Deren Vorstellungen rangierten zwischen einem anarchistischen und einem hochtechnisierten Zukunftsstaat, die jeweils zwar als Zwangsläufigkeiten daherkommen sollten und dennoch nicht ohne gewaltsamen Anschlag auszukommen schienen. Beide Ideen waren in ihrer Veranlagung totalitär und keineswegs frei von Paradoxien wie Schreiner und Elsbach schlüssig aufzeigen, etwa der Bedeutung von Gewalt als zentralem Ele-

ment der Revolution zur Schaffung einer herrschaftsfreien Gesellschaft oder der Unterdrückung des Individuums zu seinem vermeintlich Besten.

Eine deutliche Ambivalenz steckt auch in Paul Srodeckis Beitrag über das Selbstbild der jungen polnischen Republik, die zum Kriegsende 1918 auf den Ruinen dreier Imperien entstanden war. Aus dem Bollwerkstopos eines »Christus der Völker« habe sich Polen dem Schutz Westeuropas gegen Bedrohungen aus dem Osten verschrieben, obschon es sich doch gleichermaßen (auch gewaltsam) gegen seinen deutschen Nachbarn im Westen abzugrenzen hatte. Doch gerade aus der Bedrohung durch den Bolschewismus ergab sich ein fast schon willkommener Anlass, den Kampf um die polnische Souveränität zu einem Kampf der Kulturen zu stilisieren, in welchem Polen sich aufopferungsvoll und schützend vor das christliche Westeuropa gestellt habe. Diesem Topos kam in der Identitätssuche und Selbstrechtfertigung der Gründungsphase Polens erhebliche Bedeutung zu, die, so zeigt Srodecki, bis heute Relevanz besitzt.

Von der Macht des Mythos handelt ebenso der Beitrag von Martin Göllnitz, der ein zunächst überraschendes Beispiel für Revolutionsangst untersucht. Denn sein Beitrag zeigt, dass Revolutionsangst nicht nur für sondern sogar innerhalb der Führungszirkel diktatorischer Regime eine Rolle spielt. Im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches hatten führende Nationalsozialisten, insbesondere um Adolf Hitler und hochrangige Funktionäre der SS, parteiinterne Konkurrenten um den SA-Chef Ernst Röhm skrupellos beseitigen lassen. Göllnitz zeigt, wie die hochrangigen Mörder die öffentliche Meinung in ihrem Sinne beeinflussen konnten, wofür gängige Männlichkeits- bzw. Geschlechterrollenbilder der damaligen Zeit instrumentalisiert wurden. Anstatt die selbst für Nationalsozialisten zu dieser Zeit noch extreme Grenzüberschreitung im Rahmen eines politischen Machtkampfes zu verurteilen, akzeptierten weite Teile der deutschen Öffentlichkeit die Erklärung, dass eine homosexuelle Verschwörung gegen den Staat verhindert worden sei.

Der klassische Gegensatz zwischen Revolution und deren »Containment« bezieht sich in aller Regel auf die sozialistische bzw. kommunistische »Weltrevolution«, von der sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg der politische Westen bedroht sah. Dabei zeigt Wilfried Loth, dass die Furcht vor einem Umsturz durchaus in beide Richtungen funktionieren kann. So sahen sich die von den USA angeführten Westmächte mal von einem aggressiv-militärischen, mal von einem subversiven Ausbreiten der politischen Doktrin des Ostblocks in ihren Freiheitsvorstellungen bedroht, während sich dieser seinerseits von der kapitalistischen und vermeintlich imperialistischen Politik der USA in seiner weltanschaulichen Existenz gefährdet sah. Diesem Gleichgewicht der Umsturzangst entsprach ein Gleichgewicht der Abschreckung, wechselseitiger Präventivmaßnahmen und einer eskalativen Bedrohungsspirale. Deren potentielle Auswirkungen waren so

drastisch, dass es am Ende bekanntermaßen dennoch »nur« bei einem »Kalten Krieg« blieb.

In diesem bipolaren Weltsystem musste auch die Deutsche Demokratische Republik ihren Platz finden. Ihr Gründungsmythos bezog in erheblichem Maße die Novemberrevolution des Jahres 1918 mit ein, denn die sozialistische Gesellschaftsordnung in Deutschland habe hier ihren Anfang und in der Gründung der DDR schließlich ihre Verwirklichung gefunden. Gleichfalls diente die Außenpolitik der Weimarer Republik der Rechtfertigung des Bündnisses mit der Sowjetunion. Dennoch war das politische System der DDR, anders als es sich deren Führungskader erhofften, innenpolitisch keinesfalls unumstritten. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurde zum Menetekel, mit dem die DDR-Führung bis zuletzt haderte. Dierk Hoffmann zeigt, in welch legitimatorischen Probleme die verantwortlichen SED-Funktionäre gerieten, als im Sommer 1989 der Einsatz von Gewalt gegen immer größere Massen demonstrierender DDR-Bürger diskutiert wurde. Weder ließ sich die regimekritische Bewegung wie noch 1953 als vermeintlich faschistischer Putsch diskreditieren, noch wollte man mit einer revolutionsinhärenten Gewaltnotwendigkeit argumentieren, wie es das Beispiel Erich Mielkes vom April 1989 nahelegt. Mit der Zeit hatte offenbar die (vollendete) Revolution für die DDR-Gesellschaft ihr postrevolutionäres Bedrohungspotential verloren.

Von einem revolutionären gesellschaftlichen Umbruch handelt auch der Beitrag von Uta Fenske. Ihr Thema, die »sexuelle Revolution«, die Ende der 1960er Jahre die Bundesrepublik Deutschland heimsuchte, zeigt wie auch abseits der Tagespolitik Themen wie eine sich wandelnde Sexualmoral eine Gesellschaft spalten können. Fenske zeigt in ihrem Beispiel allerdings auch die Ambivalenz zwischen Faszination und Furcht neuer sexueller Freiheiten insbesondere für Frauen, die die zeitgenössischen Vorstellungen von Geschlechterrollen aber auch Familienbilder endgültig ins Wanken brachten. Damit schaffte das Thema allerdings den Sprung aus den deutschen Schlafzimmern auf die politische Bühne, wobei die mediale Inszenierung wie auch ein öffentlicher Voyeurismus eine erhebliche Rolle spielten. Sexualität, so Fenske, sei als Chiffre für gesellschaftliches Zusammenleben zu verstehen. Die Reichweite der Thematik allerdings wurde je nach politischer Überzeugung durchaus unterschiedlich gesehen. Während in den konservativen Milieus eher diffuse Ängste vor einer zu freizügigen Gesellschaftsordnung herrschten, verknüpfte die politische Linke das Thema gar direkt mit der politischen Systemfrage und unterstellte, eine verklemmte Sexualität sei nicht nur die Ursache von Aggression und Gewalt sondern behindere den Anspruch des Individuums auf alternative, freiere Lebensformen. Obwohl das Thema erhebliche Ängste und Unsicherheiten schürte, förderte die mediale Aufbereitung, unter-

stützt von »Aufklärern« wie Oswald Kolle, einen gesellschaftlichen Diskurs über Sexualität, in dem, so Fenske, auch gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen verhandelt wurden.

Welche Bedeutung ein öffentlicher Diskurs für revolutionäre Veränderungen hat, diskutieren ebenfalls Jannis Jost und Rasha Bamatraf in ihrem Beitrag über den arabischen Frühling in Ägypten 2011. Sie stellen die Frage, wie und warum Ägypterinnen und Ägypter damals den Schritt aus dem Schutz relativer Anonymität digitaler Debatten hinaus auf die Straße wagten, um das Mubarak-Regime und seine Sicherheitskräfte heraus- und politische Freiheiten einzufordern. Ihnen geht es folglich nicht um die Furcht politischer Machthaber vor einer Revolution, sondern sie nehmen die Perspektive der Unzufriedenen ein und betrachten deren Furcht, eine solche überhaupt in die Wege zu leiten. Im Ergebnis konnte der ägyptische Präsident Hosni Mubarak damals zwar gestürzt werden, nach einer Interimszeit unter der umstrittenen Herrschaft der Bewegung der Muslimbrüder etablierte sich aber mit Abd al-Fattah as-Sisi erneut ein vom Militär gestützter Autokrat. Die zahlreichen zitierten Zeitzeugenberichte zeigen den zwiespaltigen Blick der einstigen Revolutionäre auf ihre Revolution. Den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit vielen Toten und Verletzten stand ein ernüchterndes Ergebnis gegenüber. Man habe viele Missstände zwar nicht beseitigen können, immerhin habe aber die Regierung erlebt, wozu das Volk in der Lage sei. Und das Volk, so möchte man nach der Lektüre des Beitrags hinzufügen, hatte erlebt, dass eine Revolution nicht immer das Ergebnis haben musste, das die Revolutionäre sich ursprünglich erhofft hatten.

Revolutionen entstehen dort, wo politische Systeme mit gesellschaftlichen Veränderungen nicht Schritt halten können. Das Beispiel der »sexuellen Revolution« zeigt, dass offene, demokratische Diskurse die Akzeptanz von umstrittenen Themen und die mit ihnen verknüpften Ängste offensichtlich erfolgreich auflösen können. Anderswo drohen sich aber an unlösbar erscheinenden gesellschaftlichen Fragen Revolutionen zu entzünden. Für deren Ausbruch spielt gerade Revolutionsangst eine erhebliche Rolle. Mittels der Instrumentalisierung einer Furcht vor Veränderungen, dem Heraufbeschwören vermeintlicher – mitunter durchaus gerechtfertigter – dramatischer Folgen ließen sich evolutionäre Veränderungen erheblich verzögern. Die Oktoberrevolution 1917 in Russland und die Novemberrevolution 1918 in Deutschland zeigen aber auch, dass ein gewisser Gewöhnungseffekt eintreten konnte. Bisweilen ereigneten sich politische Umstürze plötzlich, wenn auch nicht immer gänzlich unerwartet, weil die Wachsamkeit trotz des eigenen Bedrohungsnarrativs nachließ. Dann aber konnte es heikel werden, denn mit der zuvor geschürten Furcht wuchs auch das Gewaltpotential und führte politisch gesplante Gesellschaften in Schwierigkeiten, aus der Eskalationsspirale aus-

zubrechen. In manchen Fällen endete die Auseinandersetzung mit einem eindeutigen Sieger, mitunter entwickelte sich ein Status quo, der wie im Fall Ägyptens Zweifel daran lässt, ob ein Wiederaufflammen politischer Umsturzversuche dauerhaft verhindert worden ist. Ein Sieg der Revolution, so zeigte sich, ist in jedem Fall nur die »halbe Miete«. Dort, wo die Schaffung eines überzeugenden Gründungsmythos nicht gelang oder das neue System mit denselben politischen Problemlösungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte, mussten die neuen Machthaber bald selbst Angst vor einer Revolution haben.

